

Wahlen und Repräsentation in der UNO

Aufgaben

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material 1)
(20 BE)

- 2 Erläutern Sie die Wahlrechtsgrundsätze und die Funktionen von Wahlen in der repräsentativen Demokratie.
(25 BE)

- 3 Untersuchen Sie unter Berücksichtigung von Material 2, inwiefern das Repräsentationsprinzip in der UN-Generalversammlung und dem UN-Sicherheitsrat erfüllt wird.
(25 BE)

- 4 Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kritisiert die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition als „Attacke auf die Demokratie“ und Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE, bezeichnet sie als „Angriff auf die Demokratie“.
Überprüfen Sie ausgehend von Material 1, 3 und 4, inwiefern die Kritik an der Wahlrechtsreform berechtigt ist.
(30 BE)

Material 1**Helene Bubrowski und Stephan Klenner: Ein Wahlrecht nach dem anderen (2023)**

Im Film „Asterix erobert Rom“ erhalten Asterix und Obelix vom Römer Gaius Pupus die Aufgabe, im „Haus, das Verrückte macht“ den Passierschein A 38 abzuholen. Die Aufgabe ist unlösbar. Die Wegbeschreibungen in der Behörde sind so irreführend, dass der Schein nicht zu bekommen ist. Die Szene aus dem 1976 erstmals ausgestrahlten Asterix-Film gilt als Klassiker, um die Auswüchse unverständlicher Bürokratie darzustellen. Am Dienstag griff Bundesverfassungsrichter Peter Müller den Filmausschnitt auf, um die Komplexität des Wahlrechts zu verdeutlichen. Das Bundeswahlgesetz, das die Regeln für die Bundestagswahl vorgibt, wurde in den vergangenen Jahren immer wieder geändert. Schon deshalb ist es nicht einfach, den Überblick zu behalten.

In Karlsruhe führte dieser Umstand am Dienstag zu einer skurrilen Situation: Das Bundesverfassungsgericht verhandelte mit viel Aufwand über ein Wahlrecht, das bei künftigen Bundestagswahlen gar nicht mehr gelten soll. Verfahrensgegenstand war die bei der vergangenen Wahl gültige Fassung, im Jahr 2020 beschlossen von den Fraktionen der großen Koalition. Demnach werden Überhangmandate nicht mehr voll ausgeglichen. Zudem wurde eine begrenzte Möglichkeit geschaffen, Direktmandate einer Partei mit Listenmandaten derselben Partei in einem anderen Bundesland zu verrechnen. Beides sollte die Größe des Bundestages begrenzen.

Doch das weitere Aufwachsen wurde dadurch nicht gestoppt. Nach der Bundestagswahl 2021 zogen 736 Abgeordnete ins Parlament ein. Das sind 27 Abgeordnete mehr als bei der Wahl zuvor. Auch deshalb änderte die Ampelkoalition das Wahlrecht abermals. Nach monatelangen Beratungen entschieden sich die Regierungsfractionen für zwei gravierende Neuerungen: Künftig zieht der Sieger eines Wahlkreises nicht mehr automatisch in den Bundestag ein, sondern erringt nur dann ein Mandat, wenn es durch ausreichend Zweitstimmen für seine Partei gedeckt ist. Die [...] Anzahl [der Abgeordneten wird] auf 630 angehoben.¹

Auf den allerletzten Metern gab es noch eine weitere Änderung: die Streichung der Grundmandatsklausel, die es einer Partei ermöglicht, entsprechend des Zweitstimmenanteils in den Bundestag einzuziehen, sobald sie drei Direktmandate gewonnen hat. Diese Änderung führte zu heftigen Protesten von Union und Linkspartei und damit zu einer endgültigen Politisierung des Wahlrechts, das nach guter Tradition an sich aus der Mitte des Bundestags kommen soll. Durch den Wegfall der Grundmandatsklausel sind CSU und Linkspartei existenziell bedroht. [...] Beide Parteien haben angekündigt, gegen das Wahlrecht der Ampel in Karlsruhe vorzugehen. Auch das Land Bayern will das tun, ebenso die Unionsfraktion. [Die] Ampelpolitiker, die am Dienstag nach Karlsruhe gereist waren, [lauerten] auf Hinweise zum neuen Recht. [...]

Doch die Verfassungsrichter nahmen auf diese Erwartungen keine übermäßige Rücksicht. Zumal die 216 Abgeordneten von FDP, Linkspartei und Grünen, die das alte Wahlrecht beanstandet hatten, das Verfahren an sich schon für erledigt gehalten hatten. Die Relevanz der Verhandlung begründete die Vorsitzende des Zweiten Senats, Gerichtsvizepräsidentin Doris König, damit, dass die Wähler wissen wollten, ob der aktuelle Bundestag verfassungsgemäß gewählt worden sei. Die Teilwiederholung der Bundestagswahl in Berlin sei ein weiterer Grund.

Inhaltlich stand während der Verhandlung am Dienstag zunächst die Frage der Normenklarheit im Mittelpunkt. Die Antragsteller hatten beanstandet, das Wahlrecht der großen Koalition sei nicht präzise genug formuliert. Wie die Verrechnung der Mandate zwischen den Bundesländern exakt

¹ Um die Anzahl der Abgeordneten im Bundestag auf 630 zu beschränken, werden nach dem neuen Wahlrecht keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr zugeteilt, ohne diese hätte der Bundestag aktuell 598 Abgeordnete.

erfolgen solle, stehe nicht im Detail im Gesetzestext. Ihre Verfahrensbevollmächtigte, die Juraprofessorin Sophie Schönberger, hob im Gerichtssaal hervor, die Funktionsweise des Wahlrechts könne grundsätzlich mathematisch beschrieben werden. Die damit verbundene Klarheit müsse sich auch im Gesetzestext wiederfinden.

- 45 Die Düsseldorfer Staatsrechtlerin kritisierte zudem, das Wahlrecht sei durch den Beschluss der großen Koalition zu unverständlich geworden. Indirekt knüpfte sie damit an die Asterix-Metapher an, die Peter Müller als zuständiger Berichterstatter auf der Richterbank zu Beginn der Verhandlung angesprochen hatte. Müller hinderte das nicht, sich mit dem Vortrag Schönbergers kritisch auseinanderzusetzen: Er warf gleich zweimal die Frage auf, ob die Bestimmtheit und die Klarheit
- 50 einer Norm nicht immer in einem Spannungsverhältnis stünden. Zuvor hatte bereits Heinrich Lang, Juraprofessor in Greifswald und Verfahrensbevollmächtigter der Bundesregierung, darauf hingewiesen, auch in anderen Rechtsmaterien seien Gesetze kompliziert formuliert, ohne dass sie verfassungsrechtlich angezweifelt würden.

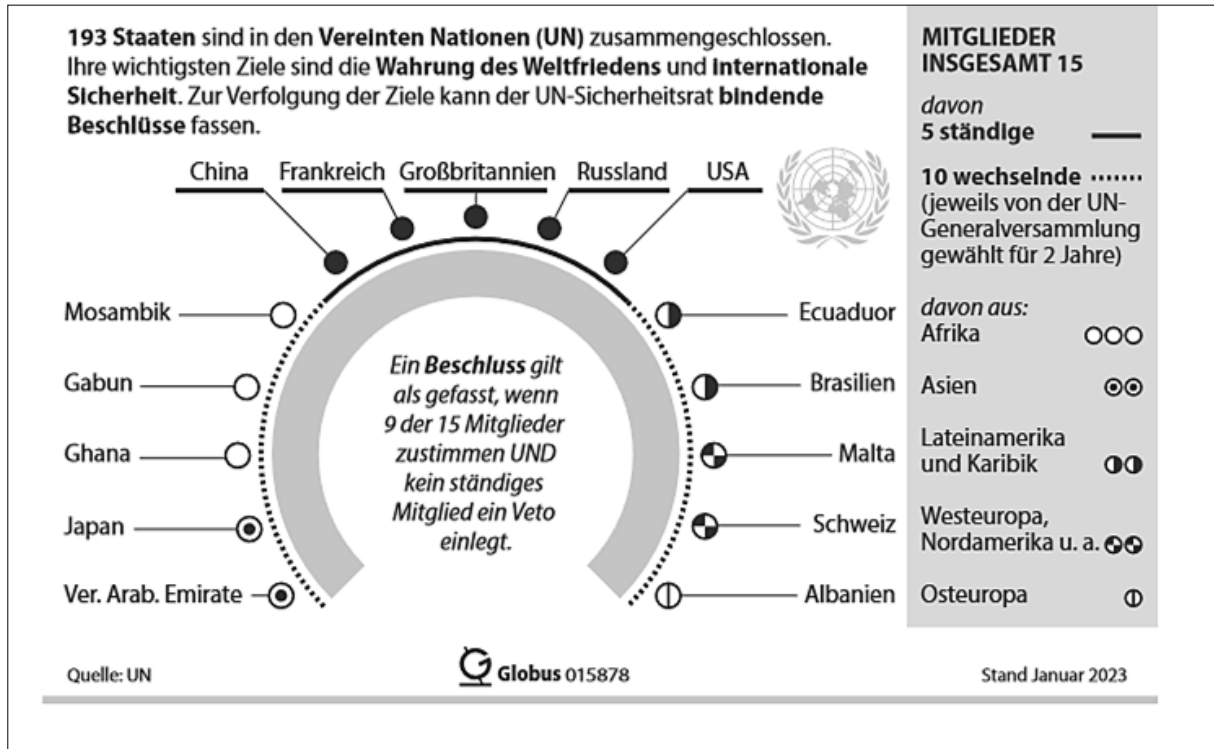
- Zu enge Vorgaben der Karlsruher Richter für die Wahlrechtsformulierung könnten zudem noch mit
- 55 einem weiteren Verfassungsgut in einem Spannungsverhältnis stehen: Der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers. Diese ist im deutschen Wahlrecht traditionell hoch. Die Verfassung gibt lediglich vor, dass die Bundestagswahl allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Natur sein muss. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates ließen bei der Formulierung des Grundgesetzes offen, ob ein Mehrheits- oder ein Verhältniswahlrecht gelten soll. Bei Bundestagswahlen galt bisher stets eine
- 60 Kombination beider Wahlsysteme.

- Der Verfahrensbevollmächtigte des Bundestages, der Juraprofessor Bernd Grzeszick, mahnte am Dienstag an, zu strenge richterliche Vorgaben könnten bewirken, dass der Gesetzgeber einseitig in Richtung eines Verhältniswahlrechts gedrängt werde [...] einen Punkt [...], den Kritiker auch am Wahlrecht der Ampel monieren. Die Karlsruher Richter vertieften diesen Aspekt in ihren Nachfragen
- 65 am Dienstag nicht allzu sehr. Das muss nicht heißen, dass sie ihn generell für unbedeutend halten. Wenn sie sich in einigen Monaten abermals mit dem Wahlrecht beschäftigen, könnte es anders sein. Wie Karlsruhe zum neuesten Wahlrecht steht, war am Dienstag ebenso wenig erkennbar wie eine Antwort auf die Frage, ob das Wahlrecht der großen Koalition vor den Richtern Bestand haben wird.

Helene Bubrowski, Stephan Klenner: Ein Wahlrecht nach dem anderen, 18.04.2023, Zwischenüberschriften getilgt, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsgericht-verhandelt-ueber-altes-wahlgesetz-18830528.html?premium=0x7bad29ffb808e3a46be3184d3112728edb311aa47003d5a017d7caa4c179650e?GEPC=s9> (abgerufen am 29.04.2023).

Material 2

Der UN-Sicherheitsrat (2023)



dpa-infografik GmbH: Der UN-Sicherheitsrat, 13.01.2023.

Material 3

Anzahl der Direktmandate der Parteien bei der Bundestagswahl am 26.09.2021

Partei	Direktmandate
SPD	121
CDU	98
GRÜNE	16
FDP	-
AfD	16
CSU	45
DIE LINKE	3
Südschleswiger Wählerverband (SSW)	-

nach: URL: <https://www.n-tv.de/politik/Diese-Direktmandate-erringen-kleinere-Parteien-article22831836.html> (abgerufen am 22.05.2023).

Hinweis

Südschleswiger Wählerverband (SSW) – Diesem wurde der Rechtsstatus einer Partei einer nationalen Minderheit (dänische und friesische Minderheit in Deutschland) zuerkannt. Damit entfällt für den SSW die Fünf-Prozent-Hürde.

Material 4

Die Bundeswahlleiterin: Bundestagswahl 2021

		Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl	
Partei		2021	2017
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	25,7 %	20,5 %
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	19,0 %	26,8 %
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14,7 %	8,9 %
FDP	Freie Demokratische Partei	11,4 %	10,7 %
AfD	Alternative für Deutschland	10,4 %	12,6 %
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	5,2 %	6,2 %
DIE LINKE	DIE LINKE	4,9 %	9,2 %
SSW	Südschleswigscher Wählerverband	0,1 %	keine Teilnahme
Sonstige		8,6 %	5,0 %

nach: Die Bundeswahlleiterin: Bundestagswahl 2021, 12.02.2024, URL: <https://bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html> (abgerufen am 14.02.2024).